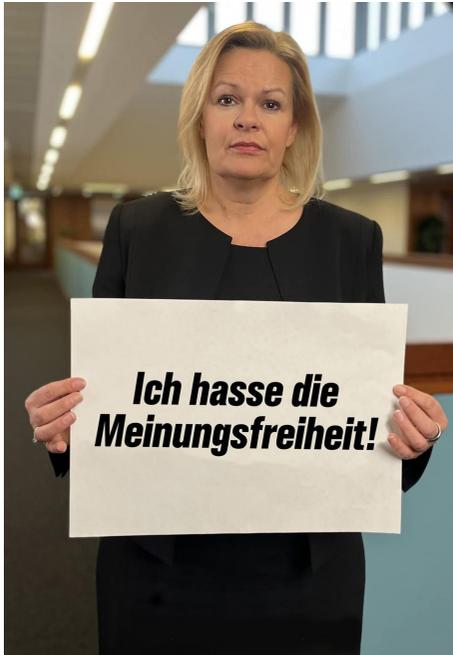


Gefängnis für einen Witz

Sieben Monate Haft für einen Journalisten, der satirisch Nancy Faeser aufs Korn nimmt. Ein Lügenverbot im Koalitionsvertrag. Eine neue Medienaufsicht. Der Staat macht Ernst.

Philipp Gut

Ich hasse die Meinungsfreiheit!» steht auf dem Schild, das Nancy Faeser (SPD) präsentiert. Diese satirische Fotomontage, im Februar 2024 auf X gepostet, bringt dem Journalisten David Bendels, Chefredaktor des *Deutschland-Kuriers*, eine Haftstrafe von sieben Monaten bedingt ein. Dazu verurteilte ihn ein Gericht in Bamberg. Die Ironie der Geschichte: Bendels bekommt recht, indem er unrecht bekommt. Deutschland hat seine liebe Mühe mit der Meinungsfreiheit. Quod erat demon-



«Ein Urteil wie aus einer Diktatur»: inkriminierte Bildmontage.

strandum, was zu beweisen war. «Ein Urteil wie aus einer Diktatur», kommentiert die *Welt*. Und selbst die Grüne Ricarda Lang meint, das habe «nichts mehr mit Verhältnismässigkeit zu tun».

Das Verdikt kommt – *quelle coincidence* – zu einem Zeitpunkt, als die neue deutsche Regierung von CDU und SPD steht, die in ihrem Koalitionsvertrag der freien Meinungsäusserung explizit an den Kragen geht. «Die

bewusste Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen ist durch die Meinungsfreiheit nicht gedeckt», heisst es darin. Deshalb müsse eine «staatsferne Medienaufsicht», die selbstverständlich vom Staat eingesetzt und entschädigt wird, «gegen Informationsmanipulation und Hass und Hetze vorgehen können».

Der Roman könnte auch «2025» heissen

Bisher ging die Bundesregierung, gingen deren links-grüne Exponenten wie eben eine Nancy Faeser oder ein Robert Habeck mit Vorliebe gegen unbotmässige «kleine» Bürger vor, die sich oft nur schlecht wehren können. Ein Rentner musste büssen, samt Hausdurchsuchung und Beschlagnahmung seiner Tatwaffe namens Tablet, weil er ein Meme mit dem durchaus humoristisch gestalteten, an die Haarmittelmarke Schwarzkopf angelehnten Schriftzug «Schwarkopf Professional» in Umlauf gesetzt hatte.

Der Justizapparat und die neue Regierung aus Schwarz-Rot legen nun aber noch einen drauf, indem sie gezielt auch regierungskritische Medien ins Visier nehmen. Man muss kein Literaturwissenschaftler sein, damit man sich beim Stichwort eines Staatsorgans, das den Tatsachengehalt von journalistischen Erzeugnissen prüft und die Meinungsfreiheit als Gefahr für die Demokratie darstellt, an das «Wahrheitsministerium» in George Orwells dystopischer Zukunftsvision «1984» erinnert fühlt. Man könnte den Roman auch «2025» nennen.

Ähnliches gilt für das Urteil des Amtsgerichts Bamberg. Anwalt Joachim Steinhöfel spricht von einem «Justizskandal», da nicht einmal eine Straftat vorliege. Dies stelle «eine klare und gegenwärtige Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar», so Steinhöfel. Gefängnis für einen Witz: Da hört der Spass auf.

Dass man die beiden Ereignisse – das Gerichtsurteil und die erklärte Zensurabsicht der Regierung – durchaus in einem Kontext betrachten darf, zeigen frühere Attacken von Faeser auf die Meinungs- und Medienfreiheit. Wir erinnern uns: Sie verbot die Zeitschrift *Compact*. Und sie verkündete: «Diejenigen, die den Staat verhöhn, müssen es mit einem starken Staat zu

tun bekommen.» Das sagte sie in ihrer Funktion als Bundesinnenministerin im März 2024, als sie den x-ten Aktionsplan gegen «Rechtsextremismus» vorstellte. Assiiert wurde sie dabei von Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang, einem CDU-Mitglied, der ergänzte, auch Äusserungen ohne strafrechtliche Relevanz könnten «staatswohlgefährdend» sein.

Ins selbe Horn stiess die damalige Familienministerin Lisa Paus (Grüne) mit dem hübschen Satz: «Viele Feinde der Demokratie wissen ganz

Selbst die Grüne Ricarda Lang meint, das habe «nichts mehr mit Verhältnismässigkeit zu tun».

genau, was auf den Social-Media-Plattformen gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt.» Spätestens da war klar, was es geschlagen hat.

Schon 2021 hatte Faeser dem Verfassungsschutz neue Kompetenzen gegeben, um gegen die «Delegitimierung» des Staates vorzugehen. Darunter – diese Beispiele werden offiziell genannt – verstehen die Bundesregierung und der von ihr gesteuerte Inlandnachrichtendienst unter anderem Kritik an den staatlichen Corona-Massnahmen und an «politischen Massnahmen zur Bewältigung des Klimawandels».

Sowjetisch anmutende Begriffe

Gross war der Aufschrei, als der amerikanische Vizepräsident J. D. Vance es wagte, an der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar solch freiheitsfeindliche Tendenzen der Politik zu hinterfragen. Es sehe «zunehmend so aus, als würden alte, etablierte Interessen sich hinter hässlichen, sowjetisch anmutenden Begriffen wie «Fehlinformation» und «Desinformation» verstecken, weil Sie einfach nicht ertragen können, dass jemand mit einer alternativen Sichtweise eine andere Meinung äussert, geschweige denn anders wählt oder – Gott bewahre – eine Wahl gewinnt», sagte Vance. Dass man in Deutschland für einen Joke gar hinter Gitter kommen kann, hätte wohl nicht mal er sich träumen lassen.